



Baslerstern

Inserate: Schlüsselberg 4, 4001 Basel, Redaktion: Marktplatz 18, 4001 Basel, Tel. 061/261 61 61, Fax: 261 67 86 (Ins.), 261 75 65 (Red.)

Kontroverse um Schächtverbot

Kantonstierarzt vor den Kopf gestossen

Obwohl er gegen eine Aufhebung des Schächtverbots argumentierte, entschied sich die Basler Regierung anders.

«Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen das Schächten», ist Peter Gurdan überzeugt. In einem umfassenden Bericht an die Regierung argumentierte der Basler Kantonstierarzt gegen die Aufhebung des Schächtverbots.

«Ich habe auch dargelegt, dass man offen sein soll, wenn es den Religions-

gemeinschaften gelingt, eine Betäubungsmethode anzuwenden, bei welcher die Tiere unverletzt bleiben», betont der Leiter des Veterinäramtes.

Trotz seines Protestes ist die Basler Regierung dafür, das Schächtverbot aufzuheben, wie sie in der Vernehmlassungsantwort gegenüber dem Bund ausführte.

Für Peter Gurdan ist die Argumentation der Regierung unverständlich. «Es darf nicht sein, dass man einen Passus über die Würde des Tieres in den neuen Gesetzestext einbringt und dann gleichzeitig das Schächtverbot aufhebt.»

Ausserdem habe er festgestellt, dass sich bei den Muslimen die Fronten aufweichen würden. «Es gibt

bereits grössere Kreise, welche die Elektrobetäubung vor dem Halsschnitt mit dem scharfen Schächtmesser zulassen.»

Auch der Tierschutz bei der Basel bezeichnet die Haltung der Regierung als «unverständlich». Grossrat Edwin Mundwiler (FDP) hat aus ähnlichen Überlegungen eine Interpellation eingereicht. ez.



Kantonstierarzt Peter Gurdan.

Foto: Lukas Gysin

3 Fragen an Robert Heuss



Sie sind Basler Staatschreiber. Hat es sich die Regierung nicht zu leicht gemacht, als sie die Aufhebung des Schächtverbots befürwortete?

Nein, das war bestimmt nicht der Fall. Es wurde sehr lange darüber diskutiert.

Der Kantonstierarzt plädiert in seinem Bericht an die Regierung für die Beibehaltung des Verbots. War man nicht der gleichen Ansicht?

Offenbar nicht. Hauptargument war, dass auch mit einem Verbot kein einziges Tier weniger ge-

schächtet wird. Im Grunde genommen ist die jetzige Situation unehrlich. Andere Länder schächten – und bei uns wird munter geschächtetes Fleisch importiert. Konsequenterweise müsste man auch die Importe verbieten.

Könnte man der Regierung unterstellen, sie sei für die Legalisierung der Tierquälerei?

Nein, das glaube ich nicht. Sie muss sich nach dem Einreichen von Interpellationen ohnehin nochmals mit dem Thema befassen.